

Wirtschaft im Wandel

2/2018

18. Mai 2018, 24. Jahrgang



Oliver Holtemöller **S. 22**

Aktuelle Trends: Zollpolitik der EU und der USA im Vergleich

Reint E. Gropp **S. 21**
Kommentar: Deutsche Blockade der
EU-Reformen eine Gefahr für Europa

Steffen Müller **S. 23**
Warum gibt es Widerstand
gegen Betriebsräte?

Inhaltsverzeichnis

- 21** Kommentar: Deutsche Blockade der EU-Reformen eine Gefahr für Europa
Reint E. Gropp
- 22** Aktuelle Trends: Zollpolitik der EU und der USA im Vergleich
Oliver Holtemöller
- 23** Warum gibt es Widerstand gegen Betriebsräte?
Steffen Müller
- 26** Meldungen
- 27** Veranstaltungen
- 28** Publikationen
- 29** Diskussionspapiere
- 29** Pressemitteilungen
- 30** Das IWH in den Medien
- 30** Personalien

Deutsche Blockade der EU-Reformen eine Gefahr für Europa

Reint E. Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle



In den letzten Wochen haben wir zwei wichtige Dinge gelernt. Erstens: Europa hat keinen verlässlichen Partner in den USA und ist auf sich gestellt. Zweitens: Der wirtschaftliche Boom im Euroraum wird nicht unendlich anhalten. Auf den ersten Blick haben die beiden Erkenntnisse nicht viel miteinander zu tun, auf den zweiten jedoch machen sie klar, dass Deutschland seine Blockadehaltung in Bezug auf Reformen in der Europäischen Union (EU) aufgeben muss, um eine neuerliche Krise zu vermeiden.


Wir wissen jetzt, dass der amerikanische Präsident Ernst macht mit „America First“: Die Wahrscheinlichkeit eines Handelskriegs mit den USA hat stark zugenommen, er scheint inzwischen fast unausweichlich. Die Ausnahmen, die die EU von den Zöllen erwirken konnte, werden demnächst fallen, daran hat wohl niemand mehr Zweifel, und die EU wird ihrerseits mit Zöllen reagieren. Dazu kommt, dass die Zölle der Amerikaner auf chinesischen Stahl möglicherweise zu einem Überangebot in Europa führen könnten, was auch die Handelsbeziehungen der EU mit China belasten würde. Der Alleingang der Amerikaner beim Iran-Abkommen hat gezeigt, dass weder Präsident Macron noch Premierministerin May noch Kanzlerin Merkel in Amerika ernst genommen werden. Dass diese Politik aller Wahrscheinlichkeit nach am Ende den Amerikanern selbst am meisten schaden wird, steht auf einem anderen Blatt.

Europa steht also allein da – und längst nicht mehr so gut wie noch vor ein paar Monaten. Eine Reihe von Wirtschaftsindikatoren zeigt, dass der Boom der letzten beiden Jahre vielleicht schon wieder vorbei ist. Die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland hat sich bereits abgeschwächt. Autoverkäufe in der EU geben nach. Laut Schätzungen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung IMK hat die Wahrscheinlichkeit für eine Rezession 2019 stark zugenommen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute (einschließlich des IWH) prognostizieren jetzt eine konjunkturelle Abkühlung. Finanzmarktindikatoren signalisieren Risiken für die Konjunktur. Die Unsicherheit über den wirtschaftspolitischen Kurs der USA, Protektionismus, die Möglichkeit eines bevorstehenden Ausstiegs aus der Niedrigzinspolitik und die wei-

terhin unklaren Auswirkungen des Brexit scheinen nun Wirkung zu zeigen.

Ist Europa auf eine Verlangsamung der Wirtschaft vorbereitet? Es gibt einige Punkte, die optimistisch stimmen: Die Schuldenstände der meisten Mitgliedsländer sind stabil oder nehmen ab. In einigen Ländern haben – erzwungen oder freiwillig – Strukturreformen stattgefunden, die die Wettbewerbsfähigkeit der Länder erhöhen sollten. Die großen Banken sind besser beaufsichtigt und haben im Vergleich zur Zeit vor der Finanzkrise ihr Eigenkapital verdoppelt. Trotzdem ist noch vieles unerledigt und wird von der Bundesregierung blockiert: Die Bundesregierung ist gegen einen gemeinsamen EU-Haushalt, um makroökonomische Schocks abzufedern. Sie ist gegen eine risikolose EU-Anleihe, die als Referenzpunkt für andere Vermögensgegenstände dienen kann und daher als Stabilitätsanker dringend nötig ist. Sie ist gegen eine gemeinsame Einlagensicherung und verhindert damit die vollständige Implementierung der Bankenunion.

Diese Reformen wären aber notwendig, um die Union krisenfester zu machen. Italien stellt zurzeit das größte Risiko für die Union und den Euro dar. Die Bilanzen der italienischen Banken sind weiterhin voller Altlasten, die öffentlichen Schulden betragen über 139% in Relation zum BIP, und das Land scheint auf absehbare Zeit ohne eine funktionierende Regierung dazustehen. Die EU hat noch immer keine Instrumente, um mit einer italienischen Staatsschuldenkrise umzugehen. Ohne ein risikoloses Asset und einen zentralen, stärkeren EU-Haushalt würde die gesamte Last einer neuerlichen Krise wieder auf die EZB fallen, ohne Unterstützung von fiskalischer Seite.

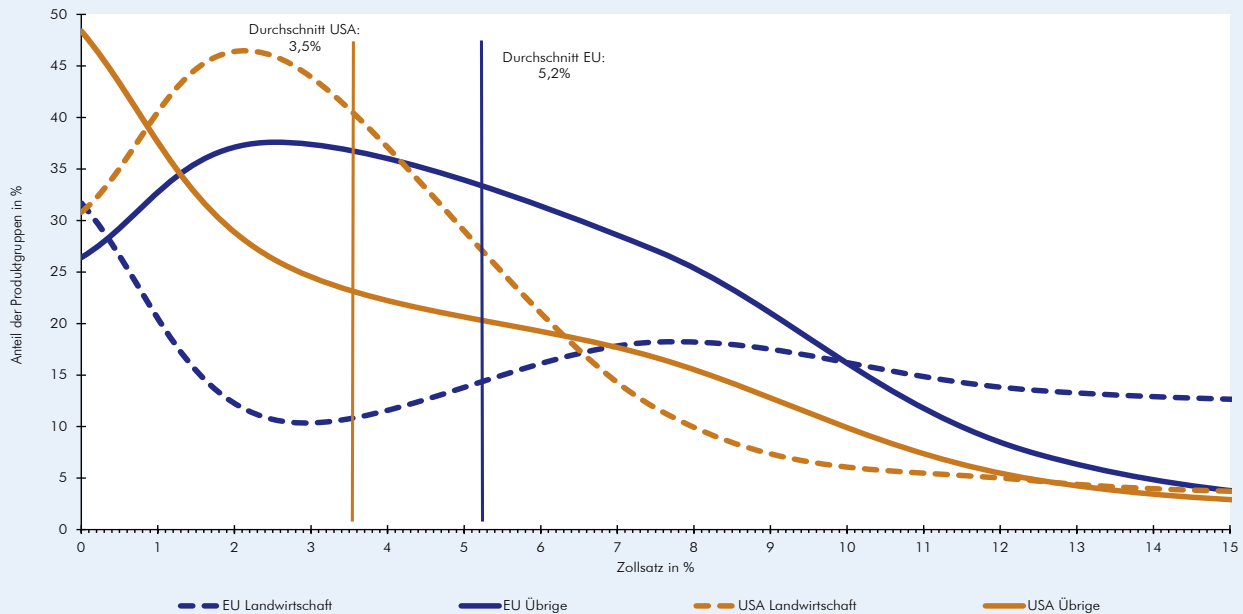
Wer einen dauerhaft stabilen Euro will, muss auch einer Vertiefung der Union zustimmen. Alles andere ist Wunschdenken und Augenwischerei. Deutschland sollte sich an die Spitze der Reformbemühungen setzen und von der Bremse gehen. Mit seiner gegenwärtigen Blockadepolitik ist Deutschland eine Gefahr für die EU. Die Zeit läuft Europa davon. 

Aktuelle Trends: Zollpolitik der EU und der USA im Vergleich

Oliver Holtemöller

Häufigkeitsverteilung der Zollsätze im Jahr 2016

Zollsätze und Anteile der Produktgruppen an allen Produktgruppen, in %



Anmerkungen: Daten aus WTO, ITC and UNCTAD (2016): World Tariff Profiles 2017, 82 und 177; Darstellung des IWH.

Die Abbildung zeigt auf der horizontalen Achse den Zollsatz in Prozent und auf der vertikalen Achse den Anteil der Produktgruppen an allen Produktgruppen, für die der entsprechende Zollsatz erhoben wird. Dabei wird in der Statistik traditionell zwischen landwirtschaftlichen und übrigen Produkten unterschieden.

Viele Produkte können zollfrei eingeführt werden. In der Abbildung entspricht dies den Schnittpunkten der Linien mit der vertikalen Achse. Bei den nicht-landwirtschaftlichen Produkten erhebt die EU auf etwa ein Viertel und die USA auf etwa die Hälfte der Produkte keinen Zoll. Im Gegenzug ist der Anteil der Produktgruppen, für die Zölle von 2% oder mehr erhoben werden, in der EU größer als in den USA. Im Agrarbereich liegt der Anteil zollfreier Produktkategorien sowohl in den USA als auch in der EU bei etwa einem Drittel, aber die Zollsätze der EU liegen im Durchschnitt deutlich über denen der USA. Der durchschnittliche EU-Zollsatz auf Importe aus Ländern, die nicht der EU angehören, beträgt 5,2%

und liegt damit deutlich über dem durchschnittlichen Zollsatz, den die USA auf Importe erheben (3,5%). Die EU-Zollpolitik ist somit insgesamt protektionistischer als die Zollpolitik der USA. Wenn die Produktklassen mit ihren unterschiedlichen Importwerten gewichtet werden, fällt der Unterschied etwas geringer aus (3,0% versus 2,4%).



Professor Dr. Oliver Holtemöller

Leiter der Abteilung Makroökonomik,
Stellvertretender Präsident

Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Warum gibt es Widerstand gegen Betriebsräte?

Steffen Müller

Die jüngere ökonomische Forschung stellt der betrieblichen Mitbestimmung z. B. im Hinblick auf ihre Effekte auf Produktivität, Löhne und Gewinne insgesamt ein positives Zeugnis aus. Dies macht den Widerstand von Arbeitgebern gegen Betriebsräte erklärungsbedürftig. Da Mitbestimmung die unternehmerische Freiheit einschränkt, wird vielfach vermutet, dass Arbeitgeber bereit sein könnten, positive Effekte der Mitbestimmung im Gegenzug für größere Handlungsspielräume zu opfern. Unser Beitrag zeigt auf Basis einer Literaturlauswertung, dass, jenseits der durchschnittlich positiven Beurteilung durch die Forschung, Mitbestimmung in vielen Betrieben keine positiven ökonomischen Folgen hat. Da das Gewicht solcher Betriebe in den Arbeitgeberverbänden stark ist, kann die ablehnende Haltung der Arbeitgeberverbände auch aus profitmaximierendem Kalkül seiner Mitglieder erklärt werden.

JEL-Klassifikation: J5

Schlagwörter: Betriebsrat, Werksebene Mitarbeiterbeteiligung, Arbeitgeberverband

Vielfältiger Widerstand gegen Betriebsräte

Die betriebliche Mitbestimmung in Deutschland ist im Betriebsverfassungsgesetz geregelt. Das Gesetz räumt Belegschaften von Betrieben mit mindestens fünf ständigen wahlberechtigten Beschäftigten das Recht ein, einen Betriebsrat zu wählen. Der Betriebsrat hat zahlreiche Informations-, Konsultations- und Mitbestimmungsrechte, die mit der Betriebsgröße ansteigen. Allerdings: Weniger als 10% aller betriebsratsfähigen Betriebe in Deutschland haben einen Betriebsrat. Zwar stehen hinter diesen Betrieben immerhin mehr als 40% der Beschäftigten, auf der betrieblichen Ebene weist dieser Befund gleichwohl auf einen großen Bereich hin, in dem die betriebliche Mitbestimmung zwar möglich wäre, aber nicht umgesetzt wird. Es wäre jedoch ein Fehler anzunehmen, dass in all diesen Betrieben kein angemessener Ausgleich von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen stattfindet. Gerade bei kleineren Betrieben wird immer wieder darauf verwiesen, dass der direkte, individuelle Austausch zwischen Beschäftigten und der Geschäftsführung keine Notwendigkeit für die Errichtung eines Betriebsrats entstehen lassen muss und die „betriebsratsfreie Zone“ keineswegs eine völlig partizipationsfreie Zone darstellt. Unter den Betrieben, die keinen Betriebsrat haben, lassen sich aber auch Betriebe finden, in denen die Errichtung eines Betriebsrats am aktiven Widerstand der Geschäfts-

führung scheitert. Schlecker, Lidl und Aldi sind in dieser Hinsicht wohl nur besonders bekannte Fälle. Wie häufig allerdings solch ein Widerstand der Geschäftsführung gegen neue wie auch gegen bereits bestehende Betriebsräte vorkommt und welche Intensität der Widerstand aufweist, ist trotz einzelner empirischer Analysen unbekannt.

Dass Arbeitgeber eher häufig Bedenken gegen die betriebliche Mitbestimmung haben, kann jedoch aus dem Handeln und den Positionen der organisierten Vertretung von Unternehmensinteressen geschlossen werden. So plädiert die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) trotz eines grundsätzlichen Bekenntnisses zur Mitbestimmung für umfangreiche Modifikationen. Hierunter fällt z. B. die Forderung, bei der Bestimmung der Mitarbeitendenzahl, ab welcher ein Betriebsrat errichtet werden kann, nicht mehr auf Köpfe, sondern auf Vollzeitäquivalente abzustellen, was einer Anhebung des derzeitigen Schwellenwerts von fünf Mitarbeitenden entspricht. Bei der Wahl des Betriebsrats wird zudem ein Mindestquorum in Höhe von einem Drittel der wahlberechtigten Beschäftigten verlangt, was ebenfalls – unabhängig von der Bewertung dieser Maßnahme – zu einer erschwerten Einrichtung des Gremiums beitragen dürfte. Weiter wird auch auf Basis der mit der Mitbestimmung verbundenen Kosten argumentiert und gefordert, dass das Gremium selbst personell verkleinert werden muss und dass die Zahl der freigestellten Betriebsratsangehörigen zu reduzieren sei.

Begründungsansätze: Angst vor Machtverlust oder doch rein ökonomisches Kalkül?

Wie lässt sich diese negative Haltung begründen?¹ Die klassische nichtökonomische Erklärung zielt darauf ab, dass Manager und Eigentümer Widerstand gegen die Formierung von Betriebsräten zeigen, weil Mitbestimmung den Nutzen verringert, der daraus gezogen wird, der alleinige Geschäftsführer der Unternehmung zu sein („Herr-im-Hause-Mentalität“). Sobald diese Nutzensenkung eine etwaige Nutzensteigerung durch positive ökonomische Effekte der Mitbestimmung übersteigt, werden nutzenmaximierende Unternehmer (im Gegensatz zu gewinnmaximierenden) Mitbestimmung ablehnen. Ziel dieses Beitrags ist zu überprüfen, ob Widerstand gegen die betriebliche Mitbestimmung auch auf Basis gewinnmaximierenden Verhaltens *ökonomisch* erklärt werden kann. Die öffentliche Argumentation der Arbeitgeberverbände beruht in der Tat auf (tatsächlichen oder antizipierten) ökonomischen Nachteilen von Betriebsräten, steht dabei jedoch im Widerspruch zur empirischen ökonomischen Literatur zu den Effekten von Mitbestimmung, in der sich in jüngerer Zeit ein positiver Gesamteindruck bezüglich der ökonomischen Auswirkungen von Betriebsräten verfestigt. Jenseits der durchschnittlich positiven Beurteilung durch die Forschung hat Mitbestimmung in vielen – vor allem kleineren – Betrieben keine positiven ökonomischen Folgen. Da das Gewicht solcher Betriebe in den Spitzenverbänden groß ist, wird in der Folge argumentiert, dass die ablehnende Haltung der Arbeitgeberverbände trotz der im Mittel positiven ökonomischen Effekte der Mitbestimmung auf gewinnmaximierendem Verhalten ihrer Mitglieder beruhen kann.

Forschung findet positive ökonomische Effekte der Mitbestimmung

Betriebsräte können positiv auf die Produktivität wirken, weil i) ihre Informationsrechte bestehende Informationsasymmetrien zwischen Belegschaft und Geschäftsleitung abbauen und ii) ihre Mitbestimmungsrechte zu geringerer Personalfuktuation führen können. Informationsasymmetrien können in beide Richtungen bestehen, die klassische Theorie der *collective voice* geht aber davon aus, dass die Möglichkeit, die eigenen Präferenzen über den Betriebsrat

artikulieren zu können, anstatt explizit oder implizit zu kündigen, zum einen wertvolle Informationen für die Geschäftsleitung beinhaltet und zum anderen zu einer motivierten und dem Betrieb dauerhaft verbundenen Belegschaft führt. Lange Verweildauern im Betrieb erhöhen die Anreize für produktivitätssteigernde Humankapitalinvestitionen. Ebenfalls direkt die Fluktuation senkend sind auch die Mitbestimmungsrechte bei geplanten Entlassungen, die letztere verzögern und verteuern können. Allerdings: Sowohl aufgrund von Beratungsbedarf verzögerte Entscheidungen als auch die erschwerte Entlassung unproduktiver Beschäftigter können die Produktivität senken. Zudem begünstigen sowohl eine höhere Arbeitsproduktivität als auch eine durch den verschärften Kündigungsschutz gestiegene Verhandlungsmacht der Belegschaft höhere Löhne.

Die empirisch-ökonomische Forschung zu den Folgen betrieblicher Mitbestimmung hat eine Vielzahl von Fragestellungen untersucht, z. B. Effekte auf Arbeitszufriedenheit, Personalfuktuation und Umweltschutzinvestitionen. Zentral für die Frage des Arbeitgeberwiderstands sind jedoch die Effekte auf Produktivität, Löhne und Gewinne. Die methodische Vorgehensweise besteht nahezu ausschließlich aus multivariaten Regressionen, bei denen die zu vergleichenden Betriebe mit und ohne Betriebsrat entlang zahlreicher anderer relevanter Dimensionen vergleichbar gemacht werden. Das Ziel dabei ist, Unterschiede in den Ergebnisgrößen (Produktivität, Lohn, Gewinn) ausschließlich auf den Unterschied in der Betriebsratsexistenz zurückzuführen. Seit den 1990er Jahren kann die Forschung auf umfangreiche Paneldatensätze zurückgreifen und findet auf dieser Basis durchgehend nichtnegative Effekte auf die Produktivität. Positive Produktivitätseffekte sind dabei insbesondere bei größeren (mehr als 100 Beschäftigte) und tarifgebundenen Unternehmen vielfach gezeigt worden, während bei kleineren und tariflich ungebundenen Betrieben oft keine Effekte nachgewiesen wurden. Es ist wichtig festzustellen, dass die wenigsten Studien eine kausale Interpretierbarkeit der Ergebnisse zulassen und dass positiven Produktivitätseffekten innerhalb bestehender Betriebe durchaus negative aggregierte Produktivitätseffekte gegenüberstehen können, da Betriebsräte durch ihre de facto Verteuern von Entlassungen die produktivitätsmaximierende Allokation von Arbeit über Betriebe hinweg behindern könnten.

Die Mehrheit der Studien findet zudem positive Lohn-effekte, und da Betriebsräte Produktivität und Löhne somit in die gleiche Richtung beeinflussen, ist der Effekt auf die Profitabilität theoretisch offen. Zwar dokumentieren Studien, die die subjektive Einschätzung

1 Dieser Beitrag basiert auf Müller, S.; Stegmaier, J.: Why is there Resistance to Works Councils in Germany? An Economic Perspective, in: *Economic and Industrial Democracy*, im Erscheinen.

der Ertragslage durch die Geschäftsleitung untersuchen, einen negativen Effekt von Betriebsräten. Bei Verwendung tatsächlich gemessener Erträge dreht sich dieses Bild jedoch um, und es kann gezeigt werden, dass die durch die Produktivitätssteigerung hervorgerufene Ertragssteigerung nicht vollständig durch höhere Löhne absorbiert wird, sondern dass tarifgebundene Arbeitgeber in Form höherer Gewinne profitieren.


Dominanz kleiner Betriebe in Arbeitgeberverbänden

Die genannten empirischen Befunde stellen Durchschnittsbetrachtungen für die deutsche Volkswirtschaft dar. Sie stehen nicht im Widerspruch zu einzelbetrieblichem Widerstand gegen Mitbestimmung, da eine Vielzahl von individuellen Gegebenheiten zu negativen Effekten auf einzelbetrieblicher Ebene führen kann (z. B. begründet in den Persönlichkeiten der handelnden Personen etc.). Dass aber auch die aggregierten Arbeitgeberinteressen die betriebliche Mitbestimmung in ihrer derzeitigen Gestalt nicht akzeptieren, mag angesichts der im Großen und Ganzen positiven Befunde zunächst verwundern. Etwas erklärlicher wird dies aber, wenn man die Entwicklung des Systems der industriellen Beziehungen der letzten rund 20 Jahre in Deutschland berücksichtigt. Nicht nur wird dabei eine „äußere Erosion“, also ein Rückgang des Anteils tarifgebundener Unternehmen, konstatiert, sondern auch auf eine mögliche „innere Erosion“ der Arbeitgeberverbände verwiesen, die insbesondere auf den Austritt oder Nicht-Eintritt kleinerer Unternehmen zurückgeführt wird. Auf diesen Prozess reagierten die Arbeitgeberverbände einerseits mit einer tarifpolitischen und andererseits mit einer organisationsstrukturellen Veränderung.

Letztere Änderung zeichnet sich durch die seit Mitte der 1990er Jahre zunehmende Verbreitung von Mitgliedschaften ohne Tarifbindung (OT) in Arbeitgeberverbänden aus. Gegenwärtig wird geschätzt, dass mittlerweile gut die Hälfte aller Verbände eine Abwahl der Tarifbindung ermöglicht, sodass die entsprechenden Betriebe dennoch Mitglied des Verbands bleiben können, Mitgliedsbeiträge entrichten und am Verbandsgeschehen teilnehmen. Kleine und mittlere Unternehmen (bis 100 Beschäftigte) profitieren ökonomisch nicht von betrieblicher Mitbestimmung (keine positiven Produktivitätseffekte, aber Kosten, z. B. Dokumentationspflichten, Zeit für Treffen mit Betriebsrat, ggf. höhere Kosten bei Entlassungen), stellen aber in den meisten Arbeitgeberverbänden die

Mehrheit;² bei Gesamtmetall machen sie beispielsweise 70% der Mitglieder aus. Da in den meisten Verbänden bei Abstimmungen jedes Mitglied unabhängig von seiner Größe dasselbe Stimmrecht hat,³ kann es daher für den Medianwähler in Arbeitgeberverbänden aus *gewinnmaximierendem* Kalkül heraus optimal sein, sich gegen Mitbestimmung zu positionieren.

Implikationen für die Wirtschaftspolitik

Der Rückzug der industriellen Beziehungen, bestehend aus Mitbestimmung und Tarifbindung, in Deutschland und vielen anderen entwickelten Volkswirtschaften wird vor dem Hintergrund gestiegener Lohnungleichheit und prekärer Beschäftigungsverhältnisse auf gesellschaftlicher und politischer Bühne kontrovers diskutiert. Ein Grund für den Rückzug der Mitbestimmung dürfte im Widerstand der Arbeitgeber liegen. Dieser Beitrag macht deutlich, dass betriebliche Mitbestimmung für viele kleinere Unternehmen nicht mit ökonomischen Vorteilen verbunden ist und dass diese Betriebe die Mehrheit in den Arbeitgeberverbänden stellen. Dies löst den Widerspruch zwischen positiven Durchschnittseffekten der Mitbestimmung auf Produktivität und Gewinne auf der einen Seite und Ablehnung durch die die aggregierten Unternehmensinteressen vertretenden Verbände auf der anderen Seite auf: Selbst Arbeitgeberverbände, die rein gewinnmaximierende Unternehmen repräsentieren, können aufgrund ihrer internen Machtstruktur gegen eine insgesamt effizienzsteigernde Arbeitsmarktinstitution stimmen. Der Widerstand der Arbeitgeberverbände muss somit – trotz anderslautender Verlautbarungen der Verbände – nicht als Argument für vermeintliche negative ökonomische Effekte der Mitbestimmung auf die deutsche Volkswirtschaft als Ganzes interpretiert werden. 



Professor Dr. Steffen Müller

Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Steffen.Mueller@iwh-halle.de

2 Siehe Behrens, M.; Helfen M.: Innerverbandliche Heterogenität und die Vertretungswirksamkeit deutscher Arbeitgeberverbände, in: *Industrielle Beziehungen: Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management*, Vol. 16 (1), 2009, 5-24.

3 Siehe Behrens, M.: Das Paradox der Arbeitgeberverbände. Von der Schwierigkeit, durchsetzungsstarke Unternehmensinteressen kollektiv zu vertreten. *Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Mitbestimmung und wirtschaftlicher Wandel*, Bd. 130. edition sigma: Berlin 2011.

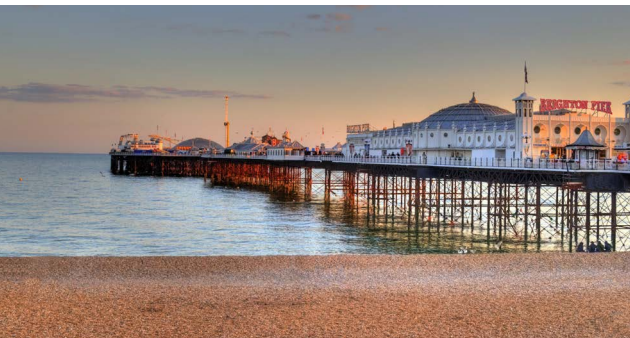
Meldungen



Reint E. Gropp besuchte am 5. und 6. April 2018 die "[Financial Institutions Conference 2018](#)", ausgerichtet vom Center for Financial Services at DePaul University in Chicago, USA, und hielt dort einen Vortrag zum Thema "The Cleansing Effect of Bank Crises."



Michael Koetter und *Lena Tonzer* antworteten auf eine Konsultation des Basel Committee on Banking Supervision: [Comments on "Consultation BCBS Discussion Paper on the Regulatory Treatment of Sovereign Exposures"](#).



Carola Müller und *Sabrina Jeworrek* hielten beim "[Annual Meeting of the Royal Economic Society](#)", das vom 26. bis 28. März 2018 in Brighton stattfand, folgende Vorträge:

Carola Müller: "Basel III Capital Requirements and Heterogeneous Banks"

Sabrina Jeworrek: "The Good News About Bad News": Feedback About Past Organizational Failure and its Impact on Worker Productivity"

Veranstaltungen



UPCOMING: Donnerstag, 21. Juni 2018 bis Freitag, 22. Juni 2018, Halle (Saale)

The 14th CompNet Annual Conference: Economic Growth, Trade and Productivity Dispersion

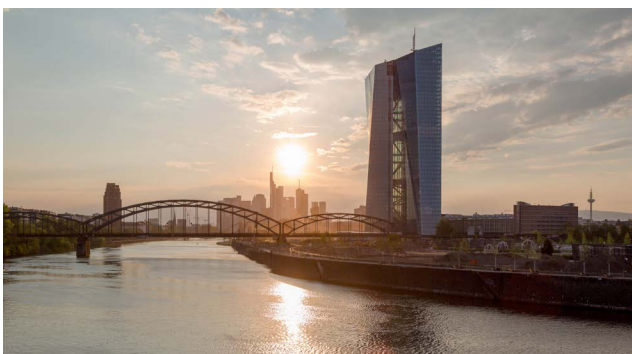
The CompNet conference discusses questions related to firm productivity, competition on output and input markets, internal and external factors hampering the reallocation of factors of production and the diffusion and adoption of new knowledge and technologies as well as the implication of such barriers for welfare and economic growth policies and the role of globalisation, trade and new technologies.



Donnerstag, 26. April 2018, Halle (Saale)

Girls'Day 2018

Am Girls'Day öffnete das IWH seine Türen, um Schülerinnen die Arbeit mit ökonomischen Themen näherzubringen. Wir stellten ihnen interessante Berufe und Arbeitsfelder im Bereich der Volkswirtschaftslehre vor. Am Beispiel Finanzsysteme demonstrierten wir, wie das ökonomische Denken funktioniert. Die Schülerinnen konnten miterleben, welche verblüffenden Ergebnisse unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Zahlen und Daten finden. Schließlich nahmen sie an einem verhaltensökonomischen Experiment teil, bei dem sie herausfanden, warum Menschen manchmal lieber zusammenarbeiten und manchmal weniger.



© European Central Bank 2014 – European Central Bank Main Building

Donnerstag, 26. April und Freitag, 27. April 2018, Frankfurt am Main

CompNet Workshop: The 6th Vintage of the CompNet Database

The CompNet workshop took place at the European Central Bank on 26th and 27th of April 2018. The highlight of the workshop was the presentation of the cross-country report based on the 6th vintage of the CompNet database, as well as the report of the High-profile Working group on "Cross-country comparability of the Micro-based dataset".

Publikationen

Journal of International Money and Finance

Big Fish in Small Banking Ponds? Cost Advantage and Foreign Affiliate Presences

R. Galema, Michael Koetter

>> We distinguish cost advantage at home from cost advantage vis-à-vis incumbent banks in destination markets to explain the probability of foreign bank affiliate lending. We combine detailed affiliate lending data of all German banks with public bank micro data from 59 destination markets. The likelihood to operate foreign affiliates depends positively on both types of cost advantage. ...<<

Journal of Mathematical Economics

On Growing Through Cycles: Matsuyama's M-map and Li–Yorke Chaos

Liuchun Deng, M. A. Khan

>> Recent work of Gardini et al. (2008), building on earlier work of Mitra (2001) and Mukherji (2005), considers the so-called M-map that generates a dynamical system underlying Matsuyama's (1999) endogenous growth model. We offer proofs of the fact that there do not exist 3- or 5-period cycles in the M-map, and an example (a numerical proof) of the existence of a 7-period cycle. ...<<

Economics Letters

On Mitra's Sufficient Condition for Topological Chaos: Seventeen Years Later

Liuchun Deng, M. A. Khan

>> This letter reports an easy extension of Mitra's "easily verifiable" sufficient condition for topological chaos in unimodal maps, and offers its application to reduced-form representations of two economic models that have figured prominently in the recent literature in economic dynamics: the check- and the M-map pertaining to the 2-sector Robinson–Solow–Srinivasan (RSS) and Matsuyama models respectively. ...<<

The Review of Financial Studies

Banks Response to Higher Capital Requirements: Evidence from a Quasi-natural Experiment

Reint E. Gropp, T. Mosk, S. Ongena, C. Wix

>> We study the impact of higher capital requirements on banks' balance sheets and their transmission to the real economy. The 2011 EBA capital exercise is an almost ideal quasi-natural experiment to identify this impact with a difference-in-differences matching estimator. We find that treated banks increase their capital ratios by reducing their risk-weighted assets, not by raising their levels of equity, consistent with debt overhang. ...<<

Applied Economics Letters

For How Long Do IMF Forecasts of World Economic Growth Stay Up-to-date?

Katja Heinisch, Axel Lindner

>> This study analyses the performance of the International Monetary Fund (IMF) World Economic Outlook output forecasts for the world and for both the advanced economies and the emerging and developing economies. ...<<

Journal of Banking & Finance

Cross-border Transmission of Emergency Liquidity

T. Kick, Michael Koetter, M. Storz

>> We show that emergency liquidity provision by the Federal Reserve transmitted to non-U.S. banking markets. Based on manually collected holding company structures, we identify banks in Germany with access to U.S. facilities. Using detailed interest rate data reported to the German central bank, we compare lending and borrowing rates of banks with and without such access. ...<<

Diskussionspapiere

IWH-Diskussionspapiere Nr. 5/2018

Zu den rentenpolitischen Plänen im Koalitionsvertrag 2018 von CDU, CSU und SPD: Konsequenzen, Finanzierungsoptionen und Reformbedarf

Oliver Holtemöller, Christoph Schult, Götz Zeddies

IWH-Diskussionspapiere Nr. 6/2018

Die wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts seit 1990

Oliver Holtemöller, Axel Lindner

IWH-Diskussionspapiere Nr. 7/2018

Effectiveness and (In)Efficiencies of Compensation Regulation: Evidence from the EU Banker Bonus Cap

Stefano Colonnello, Michael Koetter, Konstantin Wagner

Pressemitteilungen

IWH-Pressemitteilung 4/2018

Wo Ökonomen anders ticken

>> Menschen mit ökonomischer Bildung reagieren stärker auf wirtschaftliche Anreize – und zwar in positiver und negativer Hinsicht, wie Dmitri Bershadskyy vom IWH herausfand: Zu Beginn seines Laborexperiments waren Ökonomen zwar bereit, mehr Geld für ein öffentliches Gut auszugeben als Nicht-Ökonomen und dieses soziale Verhalten auch länger beizubehalten. Zum Ende des Experiments hin waren sie aber auch die größten Trittbrettfahrer. ...<<

IWH-Pressemitteilung 5/2018

Was die Bankenunion blockiert

>> Die Europäische Kommission will den Europäischen Bankensektor besser regulieren und überwachen. In vielen EU-Mitgliedstaaten werden die dafür notwendigen Richtlinien aber nur sehr zögerlich umgesetzt. Die Hintergründe liegen überraschenderweise kaum im Bereich der Politik und Bankenstruktur, sondern bei den institutionellen Rahmenbedingungen und den schon existierenden Regulierungen in den Mitgliedstaaten, wie Michael Koetter, Thomas Krause und Lena Tonzer vom IWH herausfanden. ...<<

IWH-Pressemitteilung 9/2018

IWH-Tarif-Check: Auch real steigen die Einkommen im öffentlichen Dienst kräftig

>> Der neue Tariflohnabschluss verheißt Positives für die 2,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen: Rückwirkend zum 01.03.2018 erhalten sie 3,2%, ab dem 01.04.2019 weitere 3,1% und zum 01.03.2020 nochmals 1,1% mehr Lohn. Die Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe 6 erhalten zudem eine Einmalzahlung von 250 Euro. ...<<

Das IWH in den Medien

Reint E. Groppe: Interview: "**Die wirtschaftliche Schieflage zwischen Ost und West**"
in: Tagesschau.de, 18. April 2018

IWH: Bericht: "**Tarif-Check zum Abschluss des öffentlichen Dienstes**"
in: MDR aktuell, 18. April 2018

Reint E. Groppe: Interview: "**Was würde passieren, wenn wir alle Börsen schließen?**"
in: MDR aktuell (Nachrichtenradio), 16. April 2018

Personalien



Seit April 2018 ist *Ilka Schattschneider* als Elternzeitvertretung für die Referentin des Vorstands am IWH tätig. Nach ihrem wirtschaftswissenschaftlichen Master-Studium und der Arbeit als internationale Koordinatorin an der Lund University in Schweden war sie ab 2016 als Sachbearbeiterin in Elternzeitvertretung bei der Kulturstiftung des Bundes in Halle (Saale) tätig.



Between April 9 and 20, 2018, *Matias Ossandon Busch* visited the International Directorate of the Bank of England to work in the project "Currency-specific funding shocks and cross-border bank-lending" with co-authors from the Bank of England and the University of Oxford. The visit aimed at updating the empirical analysis reported in the first draft of the research paper.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Dipl.-Volkswirt Tobias Henning
Layout und Satz: Ingrid Dede
Tel +49 345 7753 738/721
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 6 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Julian Andres Carmona Serrato –
unsplash.com

Wirtschaft im Wandel, 24. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. Mai 2018

ISSN 2194-2129